

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2013

**Günter J. Tittel: „Man kann ein Ideal nicht verraten ...“. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik**

Göttingen: Wallstein, 2013, 347 S., ISBN: 978-3-8353-1300-2

Lohnt es sich, eine biographische Studie zu Werner Naumann zu verfassen? Und, auch wenn dieser der letzte Staatssekretär im Reichspropagandaministerium und damit 1944/45 quasi zweiter Mann hinter Goebbels war, was hätte eine solche mit Liberalismus-Forschung zu tun? Die zweite Frage lässt sich ganz einfach mit einem Zitat aus dem Buch des Göttinger Historikers beantworten: „Für die innerparteiliche Entwicklung der FDP besitzt die Naumann-Affäre eine kaum zu überschätzende Bedeutung.“ (S. 273) Es geht hier auch gar nicht um die gesamte Vita Naumanns, sondern – worauf der Untertitel hinweist – um einige wenige Jahre zwischen 1950 und 1953, in denen Naumann nochmals unerwartet im Rampenlicht der Öffentlichkeit stand und die nach Tittel für die junge Bundesrepublik eine entscheidende Weichenstellung bedeuteten. (vgl. vor allem S. 306 f.) So wird denn auch die politische Vita des jungen niederschlesischen SA-Mannes vor 1945 nur knapp dargestellt, die ihn nicht ohne Brüche und Rückschläge 1938 in das Goebbelsche Ministerium und dort in eine steile Karriere führte. Im Mittelpunkt steht jedoch die Frage, ob es nach 1945 „nicht doch eine reale Chance für eine (zumindest partielle) Renaissance nationalsozialistischer Ideologeme und damit für ein politisches Comeback ihrer Protagonisten“ gab? (S. 15)

Um darauf zu antworten, ist der Nachkriegslebensweg von Werner Naumann, der im Anfang Mai 1945 aus dem Führerbunker verschwand und 1950 plötzlich in der Bundesrepublik wiederauftauchte von zentralem Interesse. Mit ihm verband sich nicht nur nach britischer Lesart der Versuch eines durch Unterwanderung bestehender Parteien planmäßig herbei geführten neofaschistischen Umsturzes, der – so die landläufige Meinung in der Zeitgeschichtsschreibung (vgl. S. 136 f mit Anm. 177) – erst durch die Verhaftung Naumann und seines Kreises „Ehemaliger“ Anfang 1953 gestoppt worden sei. Folgerichtig beginnt Tittel seine Studie mit der Verhaftungs-Aktion vom 14. Januar 1953, die der britische Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick auf Grundlage des Besatzungsrechts durchführen ließ. Diese hatte nicht nur für die FDP, deren Landesverbänden in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vorgeblich das Hauptziel dieser Unterwanderungsstrategie waren, weitreichende Konsequenzen.

Die Fakten dazu sind bekannt und hinreichend aufgearbeitet. Tittel interessiert in diesem Zusammenhang vor allem, welche Weltanschauung und vor allem welche Strategie von Naumann zwischen 1950 und Ende 1952 vertreten wurden. Hinsichtlich des ersten Komplexes besteht kein Zweifel, dass Naumanns nationalsozialistisches Weltbild durch den Zusammenbruch des NS-Systems „nicht einmal ansatzweise“ erschüttert worden sei. (S. 90) Und zweifellos rückte Naumann als ranghöchster überlebender und in Freiheit befindlicher NS-Funktionär auch ab 1950 in das Zentrum eines Netzwerkes von ehemaligen Gesinnungsgenossen.

Ob er aber der eigentliche Initiator einer Unterwanderungsstrategie von kleineren bürgerlichen Parteien gewesen sei oder ob ihm nicht eher eine solche von dem in jeder Hinsicht schillernden FDP-Landtags-

abgeordneten Ernst Achenbach „nahegelegt“ wurde (vgl. S. 99 f mit Anm. 14), ist wohl eher in Richtung der zweiten Möglichkeit wahrscheinlich. Denn Trittelt arbeitet sehr breit heraus, dass Naumann eine Unterwanderung nicht nur der FDP eher skeptisch gegenüberstand und allenfalls eine unter mehreren Optionen für eine neofaschistische Renaissance darstellte. Naumann präferierte eigentlich die Selbstorganisation der „Ehemaligen“, die 1951 mit dem „Verband deutscher Soldaten“ als eine Art „Soldaten-Gewerkschaft“ angegangen wurde, dann aber schnell scheiterte.

Es folgte eine Art Doppelstrategie, die sowohl die Beeinflussung der kleineren Parteien als auch die Bildung einer neuen großen Rechtspartei ins Auge fasste. Ersteres zielte nicht allein auf die FDP wie überhaupt Naumann zu diesem Zeitpunkt ein „interessanter Gesprächspartner“ für alle Parteien rechts der SPD war, die CDU soll ihm sogar einen Bundestagsitz angeboten haben (S. 159). Und es war dabei auch nicht nach Trittels Einschätzung an eine faktische „Übernahme“ gedacht: „Keineswegs aber verfolgte Naumann selbst, wie von britischer Seite Anfang 1953 unterstellt und auch bis heute von der Literatur fast unisono behauptet, eine *gezielte* Unterwanderungs- und Instrumentalisierungspolitik der bestehenden Parteien – erst seine Verhaftung (!) erzwingt einen deutlichen Kurs- und Richtungswechsel.“ (S. 137 f, HiO)

Schon wegen ihres besitzbürgerlichen Profils stand Naumann der Möglichkeit, die FDP in seinem Sinne zu beeinflussen, als eher skeptisch gegenüber. Mitte 1952 hatte er die Hoffnungen, sie umzudrehen, eigentlich bereits aufgegeben, obwohl er intensive Kontakte zu Funktionären im Landesverband Nordrhein-Westfalen wie Wolfgang Diewerge und wohl auch Wolfgang Döring unterhielt. Am berühmten-berühmten „Deutschen Programm“ nordrhein-westfälischen Liberalen hatte er eigentlich kein Interesse.

Naumann wurde verhaftet, justamente als er sich zu einer Kandidatur für eine rechte Splitterpartei, die Deutsche Reichspartei, entschlossen hatte. Die britische Aktion, die auf einer fragilen juristischen Grundlage stand, wie dann die Entlassung von Naumann und aller Mitverhafteten spätestens ein halbes Jahr später beweisen sollte, hatte aber dennoch nicht unerhebliche innenpolitische Folgen, weil sie einerseits die Bundesregierung unter Druck setzte, andererseits Kanzler Adenauer die Chance eröffnete, die kleineren Koalitionsparteien zu disziplinieren und die CDU als den Garanten von Demokratie und Wohlstand darzustellen.

Nicht zuletzt dadurch bekam die „Naumann-Affäre“ für die FDP, die erhebliche Anstrengungen unternahm, eine vermeintliche Unterwanderung mancher Landesverbände innerparteilich aufzuarbeiten, wie erwähnt „eine kaum zu überschätzende Bedeutung“. So wurde dadurch die von Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen verfolgte Strategie der „nationalen Sammlung“ endgültig desavouiert; sie war allerdings schon vorher – das hatte der Emser Parteitag im November 1952 gezeigt – gesamtparteilich nicht durchzusetzen gewesen. Dennoch, da ist Trittelt zuzustimmen, orientierte sich die FDP fortan in der politischen Mitte. Auf der anderen Seite blieben aber mögliche Drahtzieher wie Ernst Achenbach weitgehend ungeschoren; dieser konnte nach einer kurzen „Verschnaufpause“ seine politische Karriere weiter fortsetzen und später sogar an die Pforte der EU-Kommission klopfen. Die Gründe dafür werden auch hier nicht weiter aufgeklärt.

Am Ende stuft der Autor Naumanns Wirken als „einzige(s) ernst gemeinte(s) Renazifizierungsprojekt in der Geschichte der Bundesrepublik“ (S. 306) ein, was ein bisschen dramatisch klingt, auch wenn damit nichts direkt über die Erfolgsaussichten ausgesagt wird, die man auch Trittelt zufolge doch wohl eher als gering ansehen muss. Dennoch wird hier vor allem das Agieren von Kanzler Adenauer und Justizminister Dehler in der Naumann-Affäre gelobt, obwohl oder auch vielleicht gerade weil es das letzte Mal war, dass sie beide an einem Strang zogen.

Insgesamt hat man hier eine sehr überzeugende Darstellung, an der eigentlich nur der unorthodoxe und vor allem unübersichtliche Umgang mit den Fußnoten stört. Außerdem ist der Eintrag zu Werner Stephan in den „Biographischen Informationen“ am Ende, wo es um das Netzwerk der „Ehemaligen“ geht, arg verkürzt und dadurch missverständlich.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich